

Wirtschaftskammer Österreich
Bundesarbeitskammer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Landwirtschaftskammer Österreich



Bad Ischler Dialog 2014

Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Österreich und Europa

**Industriepolitik vor dem Hintergrund
klima- und energiepolitischer Zielsetzungen**

PRESSEUNTERLAGE

Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Österreich und Europa

Industriepolitik vor dem Hintergrund klima- und energiepolitischer Zielsetzungen

Die Europäische Union hat sich ambitionierte klima- und energiepolitische Ziele gesetzt. Die Sozialpartner befassen sich mit der Frage, wie vor diesem Hintergrund Wachstum und Beschäftigung gesteigert werden und wie sich Österreich und Europa im globalen Wettbewerb positionieren können. Es muss sichergestellt sein, dass auch energieintensive Produktionsbetriebe weiterhin einen attraktiven Standort in Europa vorfinden. Denn die industrielle Basis in Europa stellt eine wesentliche Voraussetzung für sein Wirtschafts- und Sozialmodell dar: Produktionsbetriebe haben eine hohe wirtschaftliche Bedeutung, vor allem in den vergangenen Jahren haben sie viel zur Krisenbewältigung beigetragen. Mit diesen Herausforderungen verbunden ist die zukünftige Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen für die Produktion und für die Energieerzeugung.

Neben einer Stärkung der Wirtschaft im Allgemeinen widmen sich die Sozialpartner auch den Umwelt- und Energietechnologien, die für starkes Wachstum sorgen können, ohne dass der Energieverbrauch weiter steigt.

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Österreich gehört zu den wirtschaftlich erfolgreichsten und sozial stabilsten Ländern innerhalb der EU und auch weltweit. Die Industrie ist vielfältig strukturiert, in vielen Branchen tätig, dadurch ist sie konjunkturpolitischen Risiken oder Umbrüchen in einzelnen Branchen weniger ausgesetzt. Wirtschaftspolitisch geht es darum, die richtige Balance zwischen Konzentration, Spezialisierung und Vielfalt zu finden und die Integration in globale Wertschöpfungsketten mit hohem Wertschöpfungsanteil zu sichern.

Dabei ist Österreich bisher überdurchschnittlich erfolgreich. Das ist auch daran zu erkennen, dass die verstärkten umwelt- und klimapolitischen Anstrengungen in vielen Fällen zu einer erfolgreichen Weiterentwicklung und Ausnutzung der zusätzlichen Marktchancen geführt haben. Dies sowohl in den sogenannten „Umwelt- und Energiebranchen“, aber viel mehr noch durch eine frühe und vielfach nachhaltig erfolgreiche Reaktion auf sich verändernde Bedingungen und Märkte quer durch viele Branchen.

Die Sozialpartner bekennen sich zur Bedeutung von wirtschaftlichem Wachstum für wirtschaftliche Dynamik, Beschäftigung, Wohlstand und soziale Inklusion - sowohl im Sinne eines Wachstums des Bruttoinlandsprodukts als auch im Sinne eines qualitativen Wachstums.

Klima-, umwelt- und energiepolitische Zielsetzungen sind als Teil einer Gesamtstrategie zu sehen. Eine an den aktuellen Herausforderungen und künftigen Chancen orientierte wirtschaftspolitische Strategie sowie eine antizyklische, am Investitionsbedarf ausgerichtete Budget- und Geldpolitik wie auch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik sind wichtige Elemente einer erwartungsstabilisierenden Wirtschaftspolitik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Modernisierung statt Deindustrialisierung

Die Europäische Kommission schlägt als Kernstück der EU-Energie- und Klimapolitik bis 2030 eine Minderung der EU-internen Emissionen von Treibhausgasen um 40 Prozent gegenüber 1990 vor. Das bringt enorme Herausforderungen, aber auch vielfältige Chancen mit sich. Doch während die Überlegungen über die Art und Weise der Erreichung dieses Ziels bereits fortgeschritten sind, spielen wirtschafts- und konjunkturpolitische Implikationen kaum eine Rolle. Deshalb halten es die Sozialpartner für notwendig, auf die wirtschafts-, wachstums- und beschäftigungsrelevanten Auswirkungen einer derart ambitionierten Zielsetzung aufmerksam zu machen:

- Die Sozialpartner unterstützen die Festlegung eines ambitionierten EU-weiten Ziels für die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Allerdings darf ein solches Ziel einem ausreichend hohen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau nicht entgegenstehen, sondern sollte beides möglichst fördern.
- Deindustrialisierung als Weg zur Erreichung niedrigerer Emissionen ist nicht der Weg, den die Sozialpartner unterstützen. Die klima- und energiepolitischen Ziele sind im Einklang mit den Zielen für die industrielle Wertschöpfung zu entwickeln (EU-weit 20 Prozent Anteil der Industrie am BIP bis 2020).
- Die Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent kann zu einer Abschwächung des Wachstums und zu einem niedrigeren Beschäftigungsniveau in Europa führen, so nicht entsprechende Begleitmaßnahmen gesetzt werden. Das muss bei entsprechenden Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene berücksichtigt werden.
- Klima- und energiepolitische Maßnahmen können den Strukturwandel beeinflussen. Von Begleitmaßnahmen hängt es ab, wie sich dieser auf die Beschäftigung auswirken wird. Kurzfristig lässt der Ausbau der erneuerbaren Energien in Richtung ressourcenschonender Produktionsverfahren Zugewinne auf Ebene der niedrigen Qualifikationen erwarten. Langfristig bieten sich vor allem auch für Hochqualifizierte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Eine 40-prozentige Reduktion der Emissionen würde die der Industrie zur Verfügung stehenden fossilen Energieträger massiv beschränken. Energieintensive Industriezweige stellt dies vor große Herausforderungen - im Extremfall verbunden mit dem Risiko zur Verlagerung.
- Wandern aber gerade die energieintensiven Unternehmen in Länder mit weniger strengen Regelungen ab, würden sich die Treibhausgasemissionen insgesamt erhöhen.
- Entscheidend ist der technologische Fortschritt. Energieeffizienz und umweltrelevante Innovationen müssen für Österreich und die EU die Technologieführerschaft erhalten. Dabei kommt u.a. auch der Entwicklung neuer Produkte der zweiten Generation auf Basis nachwachsender Rohstoffe eine besondere Bedeutung zu. Nur so kann die Wertschöpfung in Österreich und in Europa gehalten werden.
- Es wird darauf ankommen, das industrielle Rückgrat der EU zu stärken, indem die Industrie, die mit Zulieferbetrieben und Dienstleistern eng verbunden ist, ihre Marktchancen nützt und Potentiale hebt um noch energie- und ressourceneffizienter zu werden.

- Der Energiekonsum und der CO₂-Ausstoß dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Auch die Bedeutung von Stahlprodukten im Bereich erneuerbarer Energien sowie der Lebenszyklus dieser Produkte muss einbezogen werden. Daher ist das Vorantreiben der Innovation zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz in diesem Bereich von entscheidender Bedeutung.

Auch andere Wirtschaftsräume müssen sich Klimaziele setzen

Auf die EU werden 2020 gerade noch neun Prozent der globalen Emissionen entfallen (USA: 12 Prozent, China: 23 Prozent). Angesichts dieser Relationen wird deutlich, dass es bei der ambitionierten EU-Klimapolitik mehr um Vorbildwirkung gehen muss als um eine tatsächliche Reduktion der weltweiten Emissionen. Deshalb ist es so wichtig, dass bei der Klimakonferenz 2015 ein umfassendes, verbindliches internationales Abkommen erreicht wird, das auch die USA und China einbezieht.

Folgende Risiken einer ambitionierten EU-Klima- und Energiepolitik ergeben sich, wenn die EU ihre Rolle als Vorreiterin im Hinblick auf Klimaschutz ausbaut und vergleichbare Verpflichtungen in anderen Wirtschaftsräumen fehlen: Höhere CO₂-Kosten können ein entscheidender Faktor für das Unterlassen von Investitionen oder Auslöser von Produktionsverlagerungen sein. Solche Verlagerungsprozesse führen aber zu insgesamt steigenden Emissionen. Denn der Rückgang von Emissionen in einem Land mit strenger Umwelt-Gesetzgebung kann durch stärkeres Ansteigen der CO₂-Emissionen in einem Land mit weniger strenger Gesetzgebung sogar überkompensiert werden („Carbon Leakage“).

Um „Carbon Leakage“ in der EU zu verhindern, wird derzeit die Kostenbelastung der Industrie dadurch verringert, dass ihr ein Großteil der im Rahmen des EU-Emissionshandels benötigten Zertifikate gratis zugeteilt wird.

Während Produktionsunternehmen ihre Standorte grundsätzlich verlagern können, gilt dies für Energieversorger nicht. Da sie daher nicht vor „Carbon Leakage“ geschützt werden müssen, gibt es für sie auch keine Gratzuteilung von Zertifikaten. Damit tragen die Endverbraucher die Kosten für Zertifikate für den Einsatz fossiler Energieträger in der Elektrizitätserzeugung - aber auch die energieintensive Industrie. Dieser Effekt wird als „indirektes Carbon Leakage“ bezeichnet.

Chancen nützen: Technologischer Fortschritt - Thermische Sanierung - Mobilität

Die Sozialpartner sind überzeugt, dass eine kluge Kombination der klima- und energiepolitischen Ziele mit wirtschafts- und industriepolitischen Strategien zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen kann.

Im globalen Wettbewerb liegt die strategische Option nicht vorrangig im Preiswettbewerb, sondern in der Innovation und in der Qualität der Waren und Dienstleistungen. Dabei spielen die Qualifikation der Beschäftigten und die Investition in neue Produkte und Produktionstechnologien sowie Dienstleistungen eine bedeutende Rolle.

Die industriepolitische Herausforderung liegt vor dem Hintergrund der klima- und industriepolitischen Zielsetzungen darin, dass europäische - und damit österreichische - Unternehmen - im globalen Wettbewerb mittels Technologieführerschaft Wertschöpfungsketten in Österreich bzw. Europa behalten, ausbauen und neu etablieren können.

Sowohl der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger als auch die Steigerung der Energieeffizienz können zu einer verstärkten Nachfrage nach innovativen technischen Lösungen führen. Investitionen in Technologieentwicklung und Innovation stärken die Wirtschaft und führen zu Wachstum und Beschäftigung.

- **Umwelt- und Energietechnologien:** Diese weisen nicht nur eine hohe Wachstumsdynamik auf, sondern leisten auch wichtige Beiträge zur Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Die Umwelttechnik-Branche ist eng mit der klassischen Industrie verflochten. Fragen der Standortqualität sind somit für beide Bereiche gleichermaßen von vitaler Bedeutung.
- **Thermische Sanierung:** Sie sorgt für Energieeffizienz und senkt die Energiekosten der privaten Haushalte. Die Wertschöpfung im Inland ist hoch, Arbeitsplätze werden gesichert.
- **Mobilität:** Durch technologische Entwicklungen in den Bereichen Motoren- und Antriebstechnik, Telematik und Logistik und durch Verlagerung auf energieeffizientere Verkehrsmittel steigt die Effizienz sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Daraus entstehen Chancen für die Wirtschaft und positive Effekte auf die Beschäftigung.
- Insgesamt geht es darum, einen sozial verträglichen Strukturwandel zu vollziehen. Das erfordert Investitionen (oft langfristige und mitunter riskante) in erneuerbare Energien und in die Steigerung der Energieeffizienz. Dabei ist auf maximale Kosteneffizienz zu achten.

Versorgungssicherheit

Die kontinuierliche Versorgung mit Energie ist sowohl für die Wirtschaft als auch für die Haushalte entscheidend. Im Sinne einer Risikostreuung soll daher die Abhängigkeit von bestimmten Energieträgern, Lieferländern und Importwegen vermindert werden. Um die Potenziale einer zunehmenden Dezentralisierung der Energiebereitstellung optimal nutzen zu können, müssen die Herausforderungen mit neuen Technologien im Bereich Speicher und Stromnetze (z.B. smart grids) gelöst werden (Damit eröffnen sich auch neue Marktchancen). Bis dahin muss die Versorgungssicherheit höchste Priorität haben.

Der nachhaltig bewirtschaftete Wald ist eine wichtige Rohstoffquelle

Der nachhaltig bewirtschaftete Wald ist in Österreich eine wichtige Rohstoffquelle für die gesamte Wertschöpfungskette Holz (Forstwirtschaft, Sägeindustrie, Holzindustrie, Papierindustrie und Energiewirtschaft). Die positiven Beschäftigungseffekte und der konkrete Beitrag zum CO₂-Haushalt durch die Kohlenstoffbindung sowie die Substitutionseffekte durch die Holznutzung bzw. -verwendung sind ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Wirtschafts- und Klimapolitik.

Forderungen der Sozialpartner

Die Sozialpartner sind der Auffassung, dass eine Zustimmung zu einem EU-weiten Treibhausgas-Reduktionsziel (derzeit in der Höhe von 40 Prozent bis 2030 diskutiert) grundsätzlich nicht möglich ist, sofern nicht nachstehende Punkte umgesetzt bzw. fixiert sind:

- Neben einer CO₂-Reduktion sollten auch die Steigerung der Energieeffizienz und der Anteil der erneuerbaren Energien gleichwertige Ziele für die EU-Klima- und Energiepolitik sein.
- Verknüpfung eines EU-weiten Reduktionsziels für Treibhausgasemissionen mit der Übernahme vergleichbarer, verpflichtender Emissionsreduktionen in anderen relevanten Wirtschaftsräumen.
- Festlegung der Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten (Burden Sharing).
- Festlegung quantifizierter und verpflichtender Ziele auf Ebene der Mitgliedstaaten für den Anteil erneuerbarer Energieträger am Endenergieverbrauch.
- Darlegung der EU-Kommission, wie die Klima- und Energiepolitik durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz optimal unterstützt wird.
- Festlegung von Mechanismen, um übermäßigen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Drittstaaten (Gefahr von Carbon Leakage) zu begegnen.
- Darlegung der EU-Kommission, welche Schritte sie vorsieht, um die Ziele bezüglich der industriellen Wertschöpfung und der ambitionierten Klima- und Energiepolitik in Einklang zu bringen.

Planungssicherheit für Unternehmen

- Klare und stabile politische Zielsetzungen für Planungssicherheit der Unternehmen und damit Sicherheit bei langfristigen Investitionen.
- Stabile Rahmenbedingungen für Standortentscheidungen:
 - Bereits gesetzte Ziele nicht vorzeitig verschärfen.
 - Regeln nicht während laufender Emissionshandelsperiode verändern.
 - Ziele erst fixieren, wenn sie auf technische und politische Erreichbarkeit untersucht wurden.
 - Volle Mitbestimmung von EU-Parlament und Rat bei Rechtsakten zum Emissionshandel.

Lastenverteilung

- Ausgewogene Lastenverteilung zwischen Sektoren, die dem EU-Emissionshandel angehören und dem Nicht-Emissionshandelsbereich in den EU-Mitgliedstaaten.
- Für die Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten müssen neben der Leistungsfähigkeit auch das technische und wirtschaftliche Potenzial berücksichtigt werden.
- Berücksichtigung der Entwicklung der Energie- und CO₂-Preise im internationalen Vergleich.
- Anpassung der Ziele, wenn sich in der Evaluierung zeigt, dass Ungleichgewichte gegenüber relevanten Handelspartnern überhandnehmen.

Wachstum und Beschäftigung fördern

- Höchste Aufmerksamkeit für die Forschungs- und Technologieförderung in diesen Technologiebereichen (zB Umwelt und Energietechnologien). Eine weitere Optimierung der Effizienz und Effektivität des Fördersystems ist anzustreben. Technologieführerschaften sind auszubauen und Österreich als Anbieter von innovativen, hochqualitativen und technologieintensiven Qualitätsprodukten zu positionieren.
- Erhöhung der Sanierungsraten; Schwerpunkt auf Gebäude aus der Bauzeit von 1945 bis 1980. Einbeziehung betrieblicher Gebäude und mehrgeschoßiger Wohngebäude.
- Strategisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die insbesondere auch Unternehmen im Bereich Umwelt- und Energietechnologien unterstützt, so das Wachstums- und Beschäftigungspotential erhöht.
- Von zentraler Bedeutung ist das Bildungs- und Ausbildungssystem.
- Sozialsystem und aktive Arbeitsmarktpolitik, um die Härten des Strukturwandels abzufedern.
- Steuerliche Behandlung von Investitionen und staatliche Wirtschaftsförderung sollen Investitionen in die Realwirtschaft gegenüber reinen Finanzanlagen stärken.

Umwelt- und Energietechnologien

- Maßnahmen müssen folgen, um Technologieführerschaften auszubauen, die Wachstumspotenziale dieser Branchen in einem sehr dynamischen Marktumfeld bestmöglich zu unterstützen und damit die österreichische Umwelt- und Energietechnik als globale Qualitätsprodukte zu positionieren.
- Daher sollen entsprechende Initiativen - wie z.B. „go international“ des BMWFW sowie die Exportinitiative des BMLFUW - auch in Zukunft genutzt werden können.

Energieeffizienz

- Die gesetzlich vorgeschriebene Steigerung der Energieeffizienz muss mit möglichst geringen Kostenbelastungen und niedrigem Verwaltungsaufwand gelingen.
- Kosten und Nutzen der vorgesehenen Maßnahmen müssen verursachergerecht aufgeteilt werden.
- Bei der Umsetzung ist auf die gesamtwirtschaftliche Wirkung und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu achten.

Ausbau erneuerbarer Energie, Wärme- und Kälteversorgung

- Beim Ausbau erneuerbarer Energie sind finanzielle Belastungen aller Endkunden in Grenzen zu halten und Fördermittel effizient einzusetzen.
- Europaweit koordinierter Ausbau der erneuerbaren Energie: effizienter Mitteleinsatz, Innovationsanreize, rasche Marktintegration.
- Forschung im Bereich der Stromspeichertechnologien, um Wind und Photovoltaik besser nutzen zu können. Ausbau österreichischer Forschungsanstrengungen, um marktfähige technische Lösungen zu entwickeln und Österreich als „Innovation Leader“ im Bereich der Stromspeichertechnologien zu etablieren.
- Abgestimmte Förderungen, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten.
- Energie sparen durch Wärmedämmung, thermische Sanierung, Sonnenschutz, energetische Standards bei Neubauten, verdichteter Wohnbau.
- Energie effizienter nutzen: Brennwertgeräte, Mikro-KWK-Anlagen, Nutzung von Abwärme bzw. Einspeisung ins Fernwärmenetz, Fernkühlung etc.
- Energieträgerumstellung von hohen zu niedrigen oder keinen spezifischen CO₂-Emissionen.
- Umfassendes Raumwärme- und -kältekonzept.
- Verbesserung der Rechte für alle Endverbraucher von Raumwärme.

Nachhaltige Mobilitäts- und Antriebskonzepte

- Modal Split: Öffentlichen Verkehr, Radfahren und Zufußgehen attraktiver machen:
 - Abstimmung der Verkehrs- und Raumplanung: kürzere Wege, weniger Umweltbelastung.
 - Anreize zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel, z. B. Taktverkehrssystem.
 - Spezifische Herausforderungen des ländlichen Raumes berücksichtigen.
- Effizienter Güterverkehr; Wettbewerbsfähigkeit von Schiene und Schifffahrt stärken.
- Elektromobilität:
 - Elektrofahrzeuge und Elektrifizierung von Regionalbahnen.
 - Entwicklung leistungsfähiger Akkus, um die Reichweiten zu erhöhen.
- Biogene Treibstoffe können teilweise Benzin und Diesel ersetzen und durch ihre Koppelprodukte zur Reduktion der Importabhängigkeit bei der Versorgung mit Eiweißfuttermitteln beitragen.

Rohstoffversorgung absichern

- Sicherung des Zugangs zu Energieträgern und Rohstoffen, Sicherung der Transportwege nach Österreich durch:
 - direkte Beteiligung an der Förderung
 - langfristige Bezugsabkommen
 - unterstützende aktive Außenpolitik
 - Diversifizierung der Routen und Bezugsquellen
- Intensive Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.
- Neue innovative technologische Pfade wie z.B. Bioraffinerien, Methanisierung etc. sind zu beschreiten.

Forschungs- und Technologiepolitik

- Weiterentwicklung und Ausbau der nationalen Energieforschung
- Verstärkte Einbindung der österr. Forschung in internationale Programme
- Spezifische Aus- und Weiterbildung entlang der gesamten Bildungskette; Bindung von Hochqualifizierten.

Raumordnung, Baurecht, Wohnbauförderung

- Einheitliche Regeln und Baunormen, Vereinfachung des Baurechts.
- Zweckwidmung der Wohnbauförderung.
- Nachverdichtung im Wohnbau.
- Berücksichtigung von Energieeffizienzzielen.

Beihilfen und Umweltförderung

- Überprüfung der Beihilfen auf Effizienz und Proportionalität.
- Beihilfen sind laufend auch hinsichtlich ihrer Priorisierung zu evaluieren.
- Doppelgleisigkeiten vermeiden.

Exportförderung

- Förderinstrumente - wie z.B. „go international“ - auch künftig nützen.
- Förderinstrumente laufend evaluieren.